

Bevormundet durch Europa

Zu: „Sahel-Allianz: Schulze setzt auf soziale Sicherung“, FR-Wirtschaft v. 11.7.

Sehr verwundert war ich über die Übernahme des Postens als Präsidentin der afrikanischen „Sahel-Allianz“ durch die deutsche Ministerin Svenja Schulze. Ein starkes Gefühl der Bevormundung kommt bei mir auf! Lobenswert ist zweifelsohne die Mithilfe aus Europa in dieser Organisation; dennoch gehört das hohe Amt des/der Präsidenten/Präsidentin in die Hand einer afrikanischen Persönlichkeit.
Gerd Himmelreich, Glashütten

Das Sterben geht weiter

Asyl-„Kompromiss“: „Droht Wildwest an den EU-Grenzen?“, FR-Politik v. 14.7.

Wo ein gemeinsamer europäischer Wille ist, da gibt es eine Lösung, die hilft, das Sterben im Mittelmeer zu beenden. Die kleinen Schritte beeindrucken die Schlepperbanden nicht. Autoritäre und korrupte Staaten werden jede vereinbarte Rücknahmeverpflichtung verweigern. Der Euro-Scheck für diese Staaten ist rausgeschmissenes Geld. Die Ursachen von Flucht sind begründet durch unmenschliche Lebensbedingungen: Armut, Unterdrückung, Gewalt, Krieg. Diese Ursachen von außen zu bekämpfen, ist und bleibt seit Jahren ohne Erfolg. Dass die EU-Flüchtlingspolitik und die Menschenrechte in der EU-Charta festgeschrieben sind, wird durch Polen und Ungarn aus nationalem Egoismus ausgeblendet. Die EU als Staatengemeinschaft ist vielfach an sich selbst und Anerkennung der eigenen Gesetze und Humanität gescheitert. Das Sterben im Mittelmeer geht also weiter.
Thomas Bartsch Hauschild, Hamburg

Diskussion: frblog.de/asylpolitik

SORRY

Die ersten Fahrzeuge der neuen Schnellzug-Baureihe ICE 3neo seien bereits seit Dezember 2024 im Einsatz, heißt es in der dpa-Meldung „Auslieferung der ICE 3 früher beendet“ (18.7., S.14) Richtig ist: Der ICE 3neo fährt bereits seit Dezember 2022 auf der Strecke Frankfurt-Köln. Ab 2024 soll der Zug auch auf internationalen Verbindungen fahren (Belgien, Niederlande).

In unserem Artikel „Wie Hessen nachhaltig wirtschaftet“ (18.7., Seiten D4 bzw F20) haben wir insgesamt sechs Nullen unterschlagen. Da Nullen vor allem dann besonders wichtig sind, wenn sie in Zahlengruppen hinten stehen, ist das leider nicht belanglos. Im letzten Absatz hätte für die Posten „Sicherheit/Recht“ von 4,5 Milliarden Euro die Rede sein müssen, für „Bildung/Forschung“ von 12,2 Milliarden Euro. Nicht von Millionen.



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zusage auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20230710

FR ERLEBEN

Christian Thomas stellt im Gespräch mit dem gebürtigen Ukrainer und in Frankfurt lebenden Lyriker Yevgeniy Breyger dessen Gedichtband „Frieden ohne Krieg“ sowie die „Kleine Ukraine-Bibliothek“ des FR-Feuilletons vor, worin das Buch als Folge Nr. 34 besprochen wurde. Um Anmeldung per E-Mail an kulturportal@stadt-frankfurt.de wird gebeten.
Dienstag, 25. Juli, 19 Uhr
Historische Villa Metzler
Schaumainkai 17, Frankfurt

Wo bleiben die Alternativvorschläge?

Zu: „Ehegattensplitting für neue Ehen abschaffen“ und „Berechtigte Debatte, FR-Politik vom 10.7. und -Meinung vom 17.7.“

Nein, diese Debatte ist nicht berechtigt

Die Forderung nach Abschaffung des Ehegattensplittings beruht auf einem Missverständnis über Ziel und Wirkungen des Splittings. Der behaupteten Förderung der traditionellen Rolle der Frauen liegt eine falsche Verhaltensannahme der Frauen im neoklassischen Arbeitsmarktmodell zugrunde. Ihr Verhalten hängt nicht von der splittingbedingten Verminderung des Nettoeinkommens ab, sondern von der Situationsveränderung durch die Geburt von Kindern (bestätigt durch SOEP-Auswertungen). Ferner ist der Splittingeffekt im Normalfall im Vergleich beispielsweise zur Entlohnung einer Teilzeitarbeit zu niedrig, um einen Anreiz bieten zu können, die Erwerbstätigkeit aufzugeben.

Manche Kritiker behaupten, dass es die Verbrauchergemeinschaft, die der Globalbesteuerung des Splittings zugrunde liegt, durch den gesellschaftlichen Wandel nicht mehr gebe. Dabei wird übersehen, dass es sich bei der Ehe sehr wohl um eine Verbrauchergemeinschaft handelt, die im Übrigen gesetzlich geregelt ist. Andere Kritiker monieren in Unkenntnis der beabsichtigten Steuerwirkungen, dass sich die grundrechtlich geforderte Besteuerung gemäß der Leistungsfähigkeit am Erwerbseinkommen orientieren müsse und nicht am Einkommen, das für den Konsum verfügbar ist. Das Leistungsfähigkeitsprinzip

wird aber durch die Opferfähigkeit der Steuerzahler konkretisiert. Die Steuer soll bei gleichem Einkommen zu einem gleichen Opfer führen.

Ziel und Wirkung des Ehegattensplittings sind die Sicherung gleicher Besteuerung der Ehepartner mit Ledigen (horizontale Gerechtigkeit). Die gleiche Besteuerung bei gleichem Einkommen ist der wichtigste, der grundrechtlich geforderte Grundsatz für die Einkommensbesteuerung. Ohne das Ehegattensplitting würden Ehepartner höher besteuert als Ledige.

Die Opferfähigkeit ergibt sich aus der Hälfte des Haushaltseinkommens. Die Abschaffung des Splittings würde gegen die Forderung nach gleicher, leistungsgerechter Besteuerung gemäß Art. 3 Abs. 1 GG verstoßen. Bemerkenswerterweise halten manche Ökonomen einen Verstoß gegen das Grundgesetz für nicht so wichtig.

Die Forderung nach Abschaffung ist eine Debatte, der ein falsches Verständnis von Ziel und Wirkung des Splittings zugrunde liegt. Es ist keine „berechtigte Debatte“. Abgesehen von diversen Missverständnissen würde sie auch gegen die Verfassung verstoßen.
Ernst Niemeier, Wentorf

Schluss mit der leidigen Bevorzugung der Ehe

Nun gibt es nach dem jüngsten Vorschlag zum Ehegattensplitting (SPD-Vorsitzender Lars

Klingbeil) wieder erregte Diskussionen, die ergebnislos versandt werden. Das Thema ist nicht neu, das Splitting ist beständig.

Was ich vermisse, zumindest in der öffentlichen Auseinandersetzung, sind Alternativvorschläge der Experten aus Politik, Wirtschaft und Sozialem. Was wäre, wenn statt der leidigen Bevorzugung der Ehe diskriminierungsfrei in Versorgungsgemeinschaften gedacht würde? Also wenn die Steuer in allen rechtlich verbindlichen Versorgungsgemeinschaften nach Köpfen gesplittet würde. Dazu gehörten neben den (Ehe-) Partnern gegebenenfalls Kinder, Alte und eventuell Pflegefälle. Die Einkommen aller Mitglieder könnten zusammengerechnet und die Steuerlast nach Zahl der Gemeinschaftsmitglieder mit niedrigeren Steuersätzen verteilt werden.

Der erwünschte Effekt: mehr Verteilungsgerechtigkeit und Förderung sozialer Fürsorge. Solch ein Modell sollten die Experten für Wirtschaft und Soziales gesamtwirtschaftlich durchrechnen, bewerten und bei positiven Effekten sogleich konkrete Vorschläge für die Gesetzgebung sowie für die Verteilung eventueller Steuerüberschüsse (Bildung / Gesundheit / ...) ableiten.

Wäre Steuersplitting für Versorgungsgemeinschaften Utopie? So könnte man meinen, seit 1958!

Richard Michalski, Frankfurt

Diese Republik ist nicht so fragil wie Weimar

Zu: „Lücken schließen“ und „Mittel gegen die AfD gesucht“, FR-Meinung vom 4. und 13. Juli

Es ist sicher richtig, dass die konstruktiven politischen Kräfte eine Zukunftserzählung, eine gute Politik liefern müssen. Es reicht aber nicht, dass die Waffen des wehrhaften Staates nur auf dem Papier stehen. Ich frage mich, wann – wenn nicht jetzt – die Zeit gekommen ist, um das dritte Parteiverbot in der Geschichte der Bundesrepublik anzustreben, nämlich das der AfD.

Die AfD ist gefährlicher, als es die NPD je war. Wenn wir nicht in der Endzeit unserer Demokratie leben, sondern eine liberale Demokratie bleiben wol-

len, ist es nach den erschreckenden Wahlergebnissen und Meinungsumfragen im Osten – und nicht nur da – höchste Zeit, gegen die Höckes, Weidels und Chrupallas vorzugehen und ein Signal an die rechte Szene zu senden, dass diese Bundesrepublik nicht so fragil ist wie die durch die Nazis zerstörte Weimarer Republik.

Parteiverbote sind hierzulande aus guten Gründen schwer durchzusetzen, aber eine eindeutig verfassungsfeindliche Gruppierung, die das Potenzial hat, aus unserem Gemeinwesen eine

andere Republik zu machen, muss zwingend per Verbot aus verantwortlichen Positionen kaputt gemacht werden. Die AfD will aus diesem Staat zumindest ein rechtsautoritäres Regime machen, in dem die Menschenrechte, in der Verfassung als Grundrechte proklamiert, in der Praxis keine Gültigkeit mehr hätten.

Es geht um die Gefahrenabwehr für diese Demokratie. Der braune Mob darf nie mehr triumphieren. Ich bin in größter Sorge.
Manfred Kirsch, Neuwied

Diskussion: frblog.de/sonneberg

Die Menschen werden für dumm verkauft

Zu: „Bayer pocht auf Glyphosat“, FR-Wirtschaft vom 7. Juli

Bayer hat Milliarden dafür bezahlt, da muss das Geld auch wieder reinkommen. Der Skandal ist die Einschätzung der Efsa (EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit). „Keine kritischen Problembereiche festgestellt.“ Für Mensch, Tier und Umwelt. Auf dem Acker ausgebracht, bewirkt das Mittel den sofortigen Tod von allem, was da wächst. Eine Zeit später kann dann das ausgesät werden, was da wachsen soll.

Es gibt kein Unkraut mehr, es muss nicht gepflügt werden, den Bauern freut es.

Der Befund „Keine kritischen Bereiche ermittelt“ sagt nichts aus. Der Bürger wird für dumm verkauft. Man hat eben nichts gefunden, man wollte wohl auch nichts finden, man suggeriert aber: Da ist nichts Giftiges dran. Der einfache Augenschein zeigt: Das Zeug ist Gift pur und der Tod für alles, was

früher auf jedem Acker lebte. Erhebt sich die Frage, was will man mit einer Behörde für Lebensmittelsicherheit, die solche „Befunde“ stellt und ihren eigenen Zweck erfüllt?

Schon die Verlängerung von Glyphosat hätte nie passieren dürfen. Wofür haben wir einen grünen Landwirtschaftsminister? Der Mann tut nicht das, wofür er sich hat wählen lassen.

Jürgen H. Winter, Schönebeck